



Soldaten der Luftwaffe in Transportflugzeug

ANDREA BIENERT / DPA

Auslandseinsätze

Scharia für deutsche Soldaten

Jordanien will Bundeswehrangehörigen keine Immunität vor islamisch inspirierten Strafen gewähren.

Nach dem Abzug der deutschen „Tornado“-Aufklärungsjets aus dem türkischen Incirlik ringt die Bundesregierung auch am Alternativstandort in Jordanien mit dem Gastgeber. Seit Wochen versuchen das Verteidigungsministerium und das Außenamt, ein formales Stationierungsabkommen mit der jordanischen Regierung zu erreichen. Berlin besteht darauf, dass die rund 250 deutschen Bundeswehrsoldaten bei ihrem Einsatz durch volle Immunität vor Strafverfolgung in Jordanien geschützt werden, da dort teilweise noch die vom Koran inspirierte Scharia-Gesetzgebung gilt und auch das säkulare Justizsystem drakonische Strafen bis hin zu Todesurteilen verhängt. Jordanien indes hat einer solch weitgehenden

Immunität bisher nicht zugestimmt. Die Bundeswehr wollte die „Tornados“ eigentlich im September nach Jordanien verlegen und dort im Oktober die Flüge für die internationale Koalition gegen den IS wieder aufnehmen. Streitigkeiten über die Immunität sind für die Bundeswehr nicht neu: Vergangenes Jahr gab es ähnliche Diskussionen mit Katar, wo deutsche Offiziere im Befehlsstand der Anti-IS-Koalition stationiert sind. In diesem Fall einigte man sich auf einen Kompromiss, konkret versprach der Militärchef von Katar dem Generalinspekteur Volker Wieker, dass die deutschen Soldaten bei Gesetzesverstößen umgehend ausgeflogen statt vor ein katarisches Gericht gestellt würden. csc, mgb

Europäische Union
Juncker und Merkel streiten über Polen

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker will Polen offenbar die Stimmrechte im Europäischen Rat entziehen, wenn Warschau die umstrittenen Gesetze zur Justizreform nicht ändert. Er bitte die Kommissare, „als Hausaufgabe im Sommer“ bei den Regierungen in ihren Heimat-

ländern für einen entsprechenden Vorstoß der Kommission zu werben – so sagte es Juncker laut Teilnehmern bei der letzten Sitzung der EU-Kommission. Um ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrages einzuleiten, braucht die Kommission eine Mehrheit von vier Fünfteln der EU-Mitglieder, der Entzug der Stimmrechte selbst setzt dann Einstimmigkeit voraus. In der Bundesregierung

gibt es daher Vorbehalte. Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) versicherte zwar, die Kommission habe den Rückhalt Berlins, Kanzlerin Angela Merkel (CDU) jedoch hält wenig davon, den Konflikt zu verschärfen. Sie fürchtet wegen des zu erwartenden Vetos Ungarns eine Abstimmungsniederlage. „Die Kanzlerin will keinen Streit mit Polen“, heißt es in der Kommission. Luxemburgs Außen-

minister Jean Asselborn kritisiert die Zurückhaltung: „Ich würde mir wünschen, dass Deutschland eine eindeutige Haltung vertritt.“ Berlin und Paris sollten sich nicht nur um den Euro kümmern. „Sie müssen auch dafür sorgen, dass die Grundwerte der EU von allen eingehalten werden.“ Am Mittwoch treffen sich Merkel und Juncker in Berlin, auch um über Polen zu sprechen. mp, csc